



---

## **Merkblatt zum Schutz des Gewässers bei wasserbaulichen Maßnahmen**

Bei Wasserbaumaßnahmen sind nachfolgende Aspekte zum Gewässerschutz stets zu berücksichtigen.

1. Vorhaben sind antragsgemäß unter Einhaltung der behördlichen Entscheidungen und dazu ergangenen Nebenbestimmungen auszuführen. Änderungen und Abweichungen bedürfen der Zustimmung der zuständigen Behörden. Der Antragsteller haftet im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile Dritter, die nachweislich infolge des Vorhabens entstehen. Bei drohender Gefährdung des Gewässers ist die zuständige untere Wasserbehörde unter folgender Tel.: 03735 / 601 0 sofort zu informieren.
2. Die Grundsätze des Gewässerschutzes entsprechend §§ 5 und 6 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sind zu beachten. D. h. insbesondere, dass
  - a. eine Verunreinigung des Gewässers durch Abschwemmen oder Einbringen von Feststoffen mit der Folge der Trübung des Wassers und der nachteiligen Veränderungen seiner Eigenschaften ausgeschlossen ist.
  - b. Hochwasserschäden und Erosionen des Bodens verhütet werden.
  - c. Bau-, Abbruchmaterialien u. dgl. nicht im Gewässer und an den Ufern gelagert bzw. dennoch in das Gewässer gelangtes Material innerhalb einer Tagschicht beraumt werden, damit eine erhebliche Beeinträchtigung des Abflussgeschehens ausgeschlossen wird.
3. Bei Arbeiten im benetzten Gewässerbereich ist vor Durchführung der Maßnahme die Notwendigkeit einer Elektroabfischung bei dem zuständigen Fischereiausübungsberechtigten bzw. über einen öffentlich bestellten Fischereisachverständigen abzufragen.
4. Bei Einsatz von Maschinentechnik am Gewässer ist folgendes zu beachten:
  - a. Es dürfen nur geeignete und technisch intakte Baumaschinen und Geräte Verwendung finden.
  - b. Maschinen sind mit biologisch abbaubaren Hydraulikölen zu betreiben. Die Dichtigkeit der Hydraulik und Betriebsmittelleitungen ist stets zu kontrollieren und zu gewährleisten. Alle Baugeräte dürfen nicht im Gewässer und im Uferbereich betankt, gewartet oder gereinigt werden.
  - c. Nach Schichtende sind alle Baumaschinen und -geräte ausschließlich außerhalb des Gewässers abzustellen. Nach der Tagesarbeit so abgestellt werden, dass auch bei sich plötzlich verändernder Wasserführung (z. B. durch ein Starkregenereignis) eine Beeinträchtigung des Gewässers ausgeschlossen ist.

5. Baumaßnahmen unmittelbar im Gewässer bedürfen immer einer Wasserhaltung. Hierfür sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:
  - a. beim Auf- und Abbau der Wasserhaltung sowie während des Betriebes ist der Eintrag von Baustoffen auszuschließen und der Eintrag von Sediment in die fließende Welle auf ein Minimum zu reduzieren.
  - b. Ausspülungen der Gewässersohle oder der Ufer sowie Schäden an Bauwerken, verursacht durch die Wasserhaltung, sind auszuschließen.
  - c. Vorzugsweise sind geschlossene Big-Bags, Sandsäcke, außerhalb des Gewässers gefüllte und nach unten hin geschlossene Kastenfangedämme, Betonplatten oder Spundwände einzusetzen.
  - d. Der Einsatz von abschwemmbaren Erdstoffen als Fangedamm ist unzulässig.
  - e. Gewässerzufahrten sind so herzustellen, dass der Eintrag von Boden in die fließende Welle auf ein Minimum begrenzt wird. Der Einsatz von Betonplatten oder eines Steinsatzes wird empfohlen.
  - f. Das Fahren im Gewässer, insbesondere der fließenden Welle, ist auf ein notwendiges Minimum zu beschränken.
6. Arbeiten an der Gewässersohle sind auf das unbedingte notwendige Maß zu beschränken. Der morphologische Zustand der Gewässersohle darf nicht verschlechtert werden. Die Tiefen- und Breitenvarianz sowie die Strömungsdiversität sind bei Eingriffen in die Gewässersohle zu verbessern.
7. Vorhandener Baumbestand und die natürliche Uferbestockung sind zu schonen. Für den Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen ist DIN 18920 einzuhalten. Die Ufervegetation darf nur so weit entfernt werden, wie dies für die Baumaßnahme unbedingt erforderlich ist und wasserrechtlich legitimiert wurde.
8. Werden bei der Durchführung der Baumaßnahme wassergefährdende Stoffe (Altablagerungen) angetroffen, sind diese schadlos zu beseitigen. Die zuständige Wasserbehörde ist hiervon unverzüglich zu unterrichten.
9. Sollten im Zuge der Baumaßnahme Fundstellen von Bodendenkmälern angeschnitten werden, so ist unverzüglich die Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen. Dies gilt auch für Feldkreuze, Grenzsteine mit Inschriften u. ähnliches.
10. Bei Fund von Kampfmitteln ist sofort die zuständige Polizeidienststelle der jeweiligen Stadt/Gemeinde zu informieren.
11. Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen sind einzuhalten.
12. Nach Abschluss der Arbeiten ist die Baustelle zu beräumen und die Geländeoberfläche entsprechend den örtlichen Gegebenheiten wieder herzustellen.

## **Vermeidung von Fischsterben bei wasserbaulichen Maßnahmen**

Der nachfolgend genannte Begriff "Beton" umfasst sowohl alle Mörtel- als auch Betonarten.

1. Der frische Beton darf nicht mit der fließenden Welle in Berührung kommen. Gleiches gilt für alten Beton bei Betonabbrucharbeiten.
2. Die Betontransportfahrzeuge und alle bautechnologisch zum Betonherstellen und dessen Verarbeitung genutzten Geräte, Materialien und Arbeitsmittel dürfen nicht am Gewässer gereinigt werden. Betonhaltiges Abwasser darf nicht ins Gewässer gelangen oder durch evtl. Niederschläge ins Gewässer gespült werden.
3. Frischbeton darf das Wasser in der Baugrube nur verdrängen, wenn es sofort abgepumpt und separat aufgefangen und zwischengespeichert werden kann. Nach Möglichkeit ist die Baugrube vor der Betonage trocken zu legen.
4. Wasser, das längere Zeit über abgebundenen Beton gestanden hat, darf nicht sofort in die fließende Welle zurückgeführt werden, es ist zwischenzuspeichern, zu neutralisieren und gedrosselt wieder einzuleiten, oder einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
5. Kann eine Baugrube während der Abbindezeit des Frischbetons nur mit laufender Wasserhaltung beherrscht werden, darf das anfallende Wasser nicht direkt in die fließende Welle abgeleitet werden. Für die Zwischenspeicherung ist ein ausreichend großes Volumen vorzuhalten.
6. Muss alkalisches Wasser aus einer Zwischenspeicherung der Wasserhaltung in das Gewässer zurückgeführt werden, so ist sicherzustellen, dass der pH-Wert im Gewässer nicht über 8,5 steigt.
7. Durch die Einhaltung ausreichender Abbindezeiten des eingesetzten Betons vor der Benetzung mit Wasser aus der fließenden Welle (durch Einstellung der Wasserhaltung, Flutung, Rücknahme der Ausleitung etc.) ist zu gewährleisten, dass im Gewässer unterhalb der Baustelle keine pH-Werte größer 8,5 auftreten.